



11/SN-244/ME 1 von 3

**RECHNUNGSHOF**  
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240  
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a  
DVR: 0064025

An das

Präsidium des  
Nationalrates

Parlamentsgebäude  
1010 W i e n

Z1 3341-01/89

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	68. -GZ- 9
Datum:	8. NOV. 1989
Verteilt:	10. Nov. 1989 <i>erst</i>

*L. Bauer*

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über  
die Berufung der Geschworenen  
und Schöffen;  
Stellungnahme  
Schreiben des BMJ vom 12.9.1989,  
GZ 622.001/32-II 3/89

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im Gegen-  
stand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausfertigung zu  
überreichen.

Anlagen

7. November 1989

Der Präsident:

Broesigke

*Beauftragung:*  
*Wack*

**RECHNUNGSHOF**

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

An das

Bundesministerium  
für JustizBitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen.

Museumstraße 7

Zl 3341-01/89

1070    W i e n

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über  
die Berufung der Geschworenen  
und Schöffen;  
Stellungnahme  
Schreiben des BMJ vom 12.9.1989,  
GZ 622.001/32-II 3/89

Der RH nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzesentwurf  
wie folgt Stellung:

Zum § 3:

Da die hauptamtlichen Bewährungshelfer durchwegs Bedienstete des  
BMJ sind und damit von der Befreiungsbestimmung der Z 5 mitumfaßt  
sind, sollte die Befreiung dieser Personengruppe in Z 4 auf die  
ehrenamtlichen Bewährungshelfer eingeschränkt werden.

Zum § 4:

Nach der bisherigen Prüfungserfahrung des RH haben Personen ge-  
legentlich versucht, sich der mitunter als belastend empfundenen  
"Laienrichterpflicht" ungerechtfertigt zu entziehen, wodurch  
eine rasche Prozeßabwicklung gefährdet werden kann.

Die in Z 2 nach Ansicht des RH weitgefaßten Befreiungsgründe geben  
zu der Befürchtung Anlaß, daß hievon eine nicht unbeträchtliche  
Personenanzahl Gebrauch machen wird, womit verwaltungsmäßige  
Mehrbelastungen der hierüber entscheidungsbefugten Bezirksverwal-  
tungsbehörden (§ 9 Abs 1 des Entwurfes) bzw der im Rechtsmittel-

- 2 -

weg zuständigen Gerichtshöfe (§ 9 Abs 2 des Entwurfes) verbunden sein werden.

Zum § 19:

Die Gesetzeszitierung hätte richtig ..... "die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950" zu lauten.

---

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue unterrichtet.

7. November 1989

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung: *Hack*